

Sitzungsniederschrift

28. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 06.11.2025	Sitzungsbeginn: 14:01 Uhr	Sitzungsende: 15:57 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Herrn Theo Wimberg
Bents, Kay	SPD	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Jacobsen, Alfred	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kranz, Werner	FW Landkreis Aurich	
Krüsmann, Enno	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	Vertretung für Frau Saskia Buschmann
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Ubben, Heinrich	MOIN, Herr WEISS	Vertretung für Herrn Edgar Weiss
Verwaltung		
Ahten, Eiko		Baudezernent
Bartelt, Klaus-Georg		Leiter des Technischen Gebäudemanagements
Flohr, Dagmar		Kreisrätin

Hanekamp, Nicole	Leiterin der Zentralen Finanzverwaltung
Heuer, Karsten	Abteilungsleiter im Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche
Kleen, Jens	Leiter des Amtes für Schulen und ÖPNV
Weimer, Doris	Stellv. Leiterin der Zentralen Finanzverwaltung und Protokollführerin

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Altmann, Gila	GRÜNE
Buschmann, Saskia	CDU/FDP
Wimberg, Theo	SPD

Grundmandat

Weiss, Edgar	MOIN, Herr WEISS
--------------	------------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Einwohnerfragestunde
5.	Erste Beratung des Haushaltsplanes 2026
5.1.	Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf
5.2.	Vorstellung des Investitionsplanes
5.3.	Antragsfrist zum Haushalt 2026
6.	Bericht aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“
7.	Mitteilungen der Verwaltung
8.	Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
9.	Einwohnerfragestunde
10.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Gossel eröffnete um 14:01 Uhr die 28. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 4 „Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.08.2025“ wurde wegen fehlerhafter Hinterlegung im Kreistagsinformationssystem abgesetzt und auf die Sitzung am 20.11.2025 verschoben. Im Übrigen wurde die Tagesordnung in der vorliegenden Form festgestellt. Der Abgeordnete Behrends nahm für den Abgeordneten Wimberg und der Abgeordnete Ubben nahm für den Abgeordneten Weiss an der Sitzung teil.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 5 Erste Beratung des Haushaltsplanes 2026

TOP 5.1 Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf

Frau Hanekamp führte aus, dass derzeit keine Änderungsbedarfe bekannt seien, die weiteren Entwicklungen jedoch abzuwarten seien.

TOP 5.2 Vorstellung des Investitionsplanes

Frau Hanekamp, Herr Bartelt, Herr Kleen und Herr Heuer stellten die wesentlichen Investitionen des Haushaltsjahres 2026 auf Basis der zur Verfügung gestellten Präsentation (Anlage 1) vor.

Bezüglich des Investitionszuschusses für Kindertagesstätten merkte **Abgeordneter Bargmann** an, dass diese Thematik im zuständigen Jugendhilfeausschuss inhaltlich näher beleuchtet werden müsse. Aus seiner Sicht sei zu klären, warum die Mittel nur schleppend in Anspruch genommen würden, da bei den kreisangehörigen Kommunen ein großer Investitionsbedarf bestünde.



Weiterhin bat **Abgeordneter Bargmann** hinsichtlich der Investitionen des Technischen Gebäudemanagements (Amt 23) um Auskunft, ob der Sportplatz bei der BBS Aurich zwischenzeitlich ertüchtigt worden sei. **Herr Bartelt** führte aus, dass der Sportplatz im Sommer 2023 vollständig saniert worden sei und sich seitdem in einem sehr guten und modernen Zustand befände, Vereine und Schulen seien sehr zufrieden.

Bezüglich der Investitionen des Amtes für Schulen und ÖPNV (Amt 40) bat **Abgeordneter Looden** um Erläuterung des Begriffs „Startchancenschule“. **Herr Kleen** erläuterte, dass es sich um Schulen handle, bei denen wg. Faktoren wie Migration oder schwieriger Wohnverhältnisse ein erhöhter Förderbedarf bestünde. Mit der Anerkennung als „Startchancenschule“ gingen besondere Fördermittel einher, welche für besondere Ausstattung aber auch für Personal und Projekte genutzt werden könnten.

Abgeordneter Jelken fragte, wie der Sachstand zum „Digitalpakt 2.0“ sei. **Herr Kleen** führte aus, dass die Schulen sowie die Schülerinnen und Schüler durch den ersten Digitalpakt und eingebrachte Eigenmittel gut ausgestattet seien. Inhaltlich sei der neue Digitalpakt noch nicht bestimmt, Anträge könnten entsprechend noch nicht gestellt werden.

Hinsichtlich der Baumaßnahmen des Amtes für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche (Amt 66) stellte **Baudezernent Ahten** voraus, dass insbesondere beim Radwegbau bedacht werden müsse, dass die Prozesse komplex seien. So seien regelmäßig Grundstückskäufe erforderlich, die Verhandlungen mit den Eigentümern seien jedoch oftmals zeitintensiv. Auch die immer kleinteiligeren baurechtlichen Vorgaben würden zu Verzögerungen führen.

Vorsitzender Gossel führte aus, dass insbesondere die Radwege für die Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung seien. Diese würden wiederholt einen schnellen Fortschritt bei der Umsetzung des Radwegeprogramms fordern.

Baudezernent Ahten entgegnete, es müsse trotz allen Unmutes anerkannt werden, dass in den letzten Jahren viel geplant und gebaut worden sei. Weiterhin gab **Baudezernent Ahten** zu bedenken, dass auch die Unterhaltung der Kreisstraßen und des Radwegenetzes Kapazitäten binden würde. Außerdem sei es schwierig, Bauingenieure zu gewinnen bzw. zu binden.

Abgeordneter Tjaden hinterfragte, ob es ggf. wirtschaftlicher sei, Leistungen wie den Winterdienst auszugliedern und Externe zu beauftragen. **Herr Heuer** gab an, dass auch Planungsbüros keine freien Kapazitäten hätten und die tägliche Arbeit zeige, dass durch Fachleute im eigenen Hause die Prozesse schlanker gestaltet werden konnten. Auch beim Winterdienst habe sich das Vorhalten von eigenem Personal als vorteilhaft erwiesen.

Abgeordneter Bargmann mahnte, dass Verzögerungen im Bau unweigerlich mit Preissteigerungen verbunden seien. **Herr Heuer** bestätigte dies, insbesondere die Kosten für Asphalt seien in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen.

Abgeordneter Ubben bat um Auskunft, ob die Kreisstraßen vornehmlich asphaltiert oder gepflastert werden würden. **Baudezernent Ahten** gab an, dass zwischen Kreisstraßen und Radwegen differenziert werden müsse und dies zudem von der Lage abhängig sei, im Wesentlichen würde asphaltiert werden. Beim Radwegebau innerorts würde häufig auf Pflasterung zurückgegriffen, um einen einfachen Zugang zu den darunter befindlichen Versorgungsleistungen sicherzustellen.



Hinsichtlich der geplanten Maßnahmen im Kontext mit dem Zentralklinikum in Georgsheil, bat **Abgeordneter Looden** um Auskunft, ob diese in Gänze rechtzeitig zur Inbetriebnahme fertiggestellt werden würden. **Herr Ahten** gab an, dass eine Fertigstellung rechtzeitig zur Inbetriebnahme geplant sei.

Abgeordneter Jelken wollte wissen, ob am Radweg zwischen Timmel und Ulbargen Bäume gepflanzt werden würden. **Herr Heuer** führte aus, dass am Radweg (Neubau zwischen Timmel und Ulbargen an der K 106) keine neuen Bäume gepflanzt werden würden. Die Kompensation erfolgt über zwei Kompensationsflächen entlang der K 106, auf denen Obstbäume angepflanzt werden sollen und über Kompensationsmaßnahmen der Gemeinde Großefehn. Direkte Baumanpflanzungen am Radweg seien nicht vorgesehen. Nach Auskunft von **Herrn Heuer** würde der Landkreis Aurich als Straßenbaulastträger für Kreisstraßen derzeit und künftig darauf achten, Anpflanzungen nur dort vorzunehmen, wo dies sinnvoll sei und nicht zu Schäden an den Radwegen führen wird. Zudem wird auf die Auswahl geeigneter Baumarten geachtet, um die Schäden am Radwegoberbau zu minimieren bzw. auszuschließen (Tiefwurzler, keine Flachwurzler).

TOP 5.3 Antragsfrist zum Haushalt 2026

Kreisrätin Flohr erfragte wie in den Vorjahren die Bereitschaft zu einer freiwilligen Antragsfrist zum Haushalt 2026. Diese solle Kreistagsabgeordneten und Verwaltung einen ausreichenden zeitlichen Spielraum für eine inhaltliche Auseinandersetzung ermöglichen. In Anlehnung an die zeitlich letzte bekannte Fraktionssitzung der SPD werde verwaltungsseitig der 05.12.2025 vorgeschlagen.

Sodann bat **Vorsitzender Gossel** um ein Stimmungsbild zu diesem Termin. Einwände oder Widerspruch waren nicht wahrzunehmen.

TOP 6 Bericht aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“

Frau Hanekamp trug vor, dass in der letzten Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ ausführlich über die Einführung einer Zinssteuerung mittels Zinssicherungsinstrumenten durch die MAGRAL AG gesprochen worden sei. Das Stimmungsbild sei positiv gewesen, weswegen dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 20.11.2025 eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt werde. Ferner wies **Frau Hanekamp** darauf hin, dass mit der Einführung von Zinssicherungsinstrumenten auch eine Änderung der Kreditrichtlinie erforderlich sei. Diese solle auch am 20.11.2025 behandelt werden.

Innerhalb der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ wurde lt. **Frau Hanekamp** zudem ausführlich über die Entwicklungen in der Schülerbeförderung gesprochen. Der zuständige Amtsleiter Herr Kleen habe ausführlich zu den ergriffenen Maßnahmen und den weiteren Optimierungsmaßnahmen vorgetragen, ferner werde hierüber auch im Haushaltssicherungskonzept 2026 ausführlich ausgeführt werden.

Frau Hanekamp führte aus, dass das Haushaltssicherungskonzept 2026 derzeit erstellt werde und rechtzeitig zur Sitzung am 09.12.2025 zur Verfügung gestellt werde.

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

Kreisrätin Flohr trug vor, dass die Kalkulation zu den Abfall- und Fäkalschlammgebühren noch zu beraten sei. In der Vergangenheit sei hierfür der Betriebsausschuss „Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Aurich“ zuständig gewesen. Durch die Auflösung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaftsbetrieb könne nun nicht mehr auf dieses Gremium zurückgegriffen werden. Thematisch passendster Ausschuss für dieses Thema sei nunmehr der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen.

Die Gebührenkalkulation müsse in diesem Jahr in der Sitzung des Kreistages am 18.12.2025 behandelt werden. Um dies zu erreichen, seien insbesondere zwei Wege denkbar. **Kreisrätin Flohr** trug vor, dass eine gemeinsame vorberatende Sitzung bestehend aus dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Gesellschafterversammlung der MKW GmbH & Co. KG am 15.12.2025 abgehalten werden könne. Alternativ könne eine Vorberatung durch den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen in diesem Jahr entfallen und eine Beratung unmittelbar in Kreisausschuss und Kreistag erfolgen. Im nächsten Jahr werde die MKW-Gesellschafterversammlung wieder früher stattfinden können. Die späte Terminierung in diesem Jahr resultiere aus den in 2025 erfolgten Strukturveränderungen.

Nachdem **Abgeordneter Bargmann** Bedenken hinsichtlich eines Verzichtes auf öffentliche Vorberatung äußerte, **Abgeordneter Behrends** jedoch diesem Vorgehen Zustimmung gab, bat **Kreisrätin Flohr** diese Frage innerhalb der Fraktionen bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 20.11.2025 zu erörtern.

TOP 8 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 10 Schließung der Sitzung

Der **Vorsitzende Gossel** schließt die Sitzung mit einem Dank an alle Anwesenden um 15:57 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Weimer
Protokollführerin